



Kiel, 5. Juni 2007

Sperrfrist: 05.06.2007, 13.00 Uhr

Pressemitteilung

Anlässlich einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrats zur Schuldenverlagerung durch Neben- und Schattenhaushalte in Land und Kommunen sagte der Präsident des Landesrechnungshofs, Dr. Aloys Altmann, heute (5. Juni):

„Nebenhaushalte können im Einzelfall wirtschaftlich und sinnvoll sein. Das zentrale Problem besteht jedoch darin, dass den Ausgliederungen häufig der Weg zu eigenen und damit zusätzlichen Kreditaufnahmen ermöglicht wird. Gleichzeitig bleibt das Land aber für Aufgabenerledigung und Finanzierung verantwortlich. De facto wird der Staat nicht schlanker, sondern nur in Landeshaushalt und Tochtergesellschaften aufgeteilt.

Deshalb müssen alle dem Land zuzurechnenden Kreditaufnahmen und Investitionen transparent gemacht werden. Das gilt z. B. für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ebenso wie für die Gesellschaft zur Finanzierung und Verwaltung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein (GVG).

Angesichts der dramatischen Haushaltslage müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die überbordenden Kreditaufnahmen abzubauen und den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Haushaltstransparenz ist hierbei unverzichtbar.“

Zu den Rückwirkungen von Ausgliederungen auf die Haushalte der Kommunen sagte Altmann:

„Viele ausgegliederte Bereiche tragen sich finanzwirtschaftlich nicht selbst, sondern sind von Zuschüssen und Ausgleichszahlungen oder auch einer gesellschaftsrechtlichen Verlustübernahme abhängig.

Der Rechnungshof fordert die Kommunen daher auf, durch die zeitnahe Übernahme der Verluste der Ausgliederungen die Auswirkungen des Handelns deutlich zu machen - so schmerzlich dies im Einzelfall auch sein mag.“